

An  
Beigeordnete der Stadt Castrop-Rauxel  
Frau Regina K l e f f

☐ 01764 - 5602673  
☐ ratsfraktion@die-linke-castrop.de  
📞 [www.die-linke-castrop.de](http://www.die-linke-castrop.de)

17.8. 2017

### **Aktionsplan zur Behandlung des Problems der Kinderarmut in Castrop-Rauxel**

Sehr geehrte Frau Kleff,

wir bitten Sie, den nachstehenden Aktionsplan in der ersten Sitzung der interfraktionellen Runde „Armutsbekämpfung in Castrop-Rauxel“ diskutieren und beschließen zu lassen.

#### Ausgangslage:

In Deutschland leben über 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Einkommensarmut. Eine der Hauptursachen ist die Arbeitslosigkeit der Eltern.

Von den Kindern lebten in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (SGBII-BG)

		Anteil an altersgleicher Bevölkerung
im Bund	1.939.184 Kinder und Jugendliche - Dez. 2015	14,6 %
	2.032.184 Kinder und Jugendliche - Februar 2017	
in NRW	543.314 Kinder und Jugendliche – Dez. 2015	18,3 %
	571.891 Kinder und Jugendliche - Februar 2017	
im Kreis Recklinghausen	22.445 Kinder und Jugendliche – Dez. 2015	23 %

Nach dem Jahresbericht 2016 des Jobcenters CAS stieg die Zahl der betreuten Personen unter 18 Jahren in CAS von 2.617 auf 2.661 in 2016.

Häufig finden sich arme Kinder und Jugendliche in Haushalten von Alleinerziehenden (90 % Frauen), in kinderreichen Familien und in Familien mit Migrationshintergrund.

„Ein Drittel der Familien in CAS befindet sich in prekären Lebenslagen“, so die Verwaltung bereits 2013.

Die Kinderarmut ist eines der prägendsten und gravierendsten Probleme unserer Gesellschaft.

Die Folgen sind verheerend und wirken ein Leben lang:

- arme Kinder und Jugendliche sind vom Leben in vielen Bereichen ausgeschlossen, z.B. Besuch kultureller, sportlicher und anderer Veranstaltungen
- unzureichende Ausstattung mit Kleidung, Schuhwerk u.a.
- schlechtere allgemeine Bildungschancen
- schlechtere berufliche Bildungschancen und damit schlechtere Berufsmöglichkeiten, um später ein ausreichendes Einkommen zu erzielen
- geringere gesellschaftliche Teilhabe
- schlechtere Wohnbedingungen
- schlechtere körperliche und gesundheitliche Entwicklung
- schlechtere Persönlichkeitsentwicklung
- Drogen, Kriminalität
- ...

Zusammengefasst: Kinder und Jugendliche tragen keine Verantwortung für ihre Lage. Aber Lebensqualität, Bildung, Gesundheit und Zukunftschancen sind durch das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen in Armut massiv beeinflusst.

Ursachen und Folgen der Kinderarmut sind ausreichend untersucht – auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen sind auch einige Maßnahmen dagegen eingeleitet worden.

Aber alle Maßnahmen haben nicht vermocht, die Kinderarmut wirksam zurückzudrängen und den Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen außerhalb von Armut zu ermöglichen. Erforderlich zur Überwindung der Kinderarmut sind mehrjährige und umfassende und finanziell gut ausgestattete Aktionspläne auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Kinderarmut ist nicht nur ein individuelles Problem, sondern ein gesellschaftliches und strukturelles. Wenn die Widersprüche im heutigen Wirtschaftssystem dazu führen, dass eine kleine Gesellschaftsschicht immer reicher wird, ist die logische Folge, dass für ärmere Bevölkerungsschichten immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Dagegen wird Armut vielfach erklärt mit persönlichem Fehlverhalten oder auf zufällige Ereignisse (Krankheit, Arbeitslosigkeit ...) zurückgeführt. Infolgedessen werden dann gesellschaftliche und strukturelle Maßnahmen nicht für notwendig gehalten. Da sich Kinderarmut auf die verschiedenen Lebensbereiche mit vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen und Beeinträchtigungen auswirkt, muss ein Aktionsplan Kinderarmut an diesen Bereichen ansetzen: Arbeiten, Wohnen, Bildung, Ausbildung, Gesundheit und Freizeit. Eine wirksame Kinderarmutsbekämpfung kostet Geld, das macht eine Politik der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene notwendig. Leider ist auf nationaler Ebene keine Politik dahin zu erkennen. Dabei werden die Probleme immer drängender! Stichworte dazu: Kindergrundsicherung, Kindergelderhöhung, realistische Regelbedarfe bei Hartz IV, Anpassung der Unterkunftskosten an die tatsächlichen Mietsteigerungen, soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und stärken, ebenso die Kinder- und Jugendhilfe ... . Die Probleme der Armut und der Kinderarmut treten verstärkt auf Landes- und Kommunalebene auf. In NRW und besonders in den NRW-Kommunen fehlen vielfach die finanziellen Mittel, um das Problem grundlegend anzugehen.

Wegen der existenziellen Bedeutung der Überwindung der Kinderarmut für die Gesellschaft, aber auch wegen des grundgesetzlichen Auftrags der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist die Stadt CAS verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen zur Beseitigung des Problems. Die Bekämpfung der Kinderarmut sollte zur Pflicht- und Querschnittsaufgabe der Stadt werden und sollte bei allen Handlungen vorrangig berücksichtigt werden. D.h. nicht notwendige oder aufschiebbare Maßnahmen sollen nicht realisiert werden, wenn die Mittel besser eingesetzt werden können zur Bekämpfung der Kinderarmut.

### **Maßnahmen gegen Kinderarmut auf CAS-Ebene sollen hier an den Handlungsfeldern Arbeitslosigkeit und Schule exemplarisch dargestellt werden:**

#### **1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Arbeitslosigkeit der Eltern führt zur Mithaftung der Kinder. Ein familienorientiertes Fallmanagement im Jobcenter (in Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren wie Stadtverwaltung, Jugendamt, Schulen, Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbänden ...) verbindet die Erwerbsintegration der Eltern mit der Kinder-/ Familienarmut. Es besteht damit die Möglichkeit, die gesamte Familie in den Blick zu nehmen. Neben dem normalen Eingliederungsbudget werden in den Jobcentern Sonderprogramme (z.B. „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“) gefahren, die befristet sind, nur geringe Teilnehmerzahlen zulassen und aufwändige Prüfungen der Teilnahmevoraussetzungen durch die Arbeitsverwaltung erfordern. An diesen Programmen beteiligen sich in CAS wohl Wohlfahrtseinrichtungen, aber nicht die Stadt CAS oder die anderen Städte im Kreis Recklinghausen und der Kreis selbst. Wenn die Bekämpfung der Kinderarmut als grundgesetzlicher Auftrag auch für Kommunen gilt, müssen die städtischen Verwaltungen und die Politik mit den Aufsichtsbehörden klären, dass solche Maßnahmen Teil des städtischen Sozialprogramms sind. Dies betrifft auch z.B. die Teilnahme an öffentlich geförderter Beschäftigung in sozialversicherungspflichtiger Form. Dies hat der Rat der Stadt CAS bereits am 25.6.2009 im Rahmenkonzept zur Beschäftigungsförderung und am 20.3.2014 im Vestischen Appell für einen sozialen Arbeitsmarkt beschlossen – aber leider bis heute nicht realisiert. Wünschenswert wäre, die verschiedenen Leistungen der Arbeitsförderung zusammenzuführen (Passiv-Aktiv-Transfer) und damit eine Grundfinanzierung für eine öffentlich geförderte Beschäftigung zu schaffen – leider sind solche Forderungen immer im Bundesparlament gescheitert.

DIE LINKE CAS wird ein Konzept für ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsprogramm unter besonderer Berücksichtigung der Einbeziehung von Familien mit Kindern vorlegen.

## 2. Grundschule

Das Bildungssystem wandelt sich ständig: Kinder aus unterschiedlichen Kulturen besuchen die Schulen, 6 % der SchülerInnen brauchen eine besondere Förderung, individuelle Bedürfnisse der Kinder müssen berücksichtigt werden, die Inklusion stellt besondere Forderungen... .

Die Grundschule kommt dem Ideal einer Schule für alle Kinder relativ nahe, da sie von 95% aller SchülerInnen der Altersgruppe besucht wird.

In Castrop-Rauxel nehmen z.Zt. ca. 44% der SchülerInnen neben dem obligatorischen Vormittagsunterricht an der freiwilligen Nachmittagsbetreuung im offenen Ganztags (OGS) teil (in den Eingangsklassen sind es sogar bis zu 70 %) – ein Teil der Kinder verlässt die Schule am Mittag, die anderen bleiben bis in den Nachmittag.

Die Praxis des offenen Ganztags hat zahlreiche Probleme:

- Die Nachfrage nach OGS ist größer als das Angebot.
- Grundsätzliche Trennung des schulischen Unterrichts (gestaltet durch hauptberufliche Lehrkräfte des Landes) und des „Nachmittagsangebots“.
- Die Kooperation zwischen Schule und OGS ist schwach ausgeprägt und institutionell nicht abgesichert:
- Unterricht am Vormittag und Betreuung am Nachmittag.
- In CAS werden die Vormittagsklassenräume nur in Einzelfällen für die OGS genutzt. Zur Verfügung stehen andere schulische Räume, die den Notwendigkeiten der OGS weitgehend nicht entsprechen.
- Teile der Kosten werden über Elternbeiträge gedeckt.
- Die OGS sind prekäre Orte für die Beschäftigung der BetreuerInnen: es gibt kaum Vollzeitbeschäftigte und eine hohe Fluktuation mit Auswirkungen auf die Betreuung.

Bei all den Problemen wäre es angemessen, die offene Grundschule in eine gebundene Grundschule umzuwandeln.

Deutsche Bildungstiftungen fordern seit langem eine „Qualitätsoffensive für Ganztagschulen“ mit Mittagessen, längeren Pausen, festen Arbeitszeiten, ganztägige Betreuung durch LehrerInnen. Dafür erforderlich wäre mehr Personal in den Schulen, größere finanzielle Unterstützung und höhere organisatorische Gestaltungsfreiheit. Dann könnten auch Hausaufgaben generell abgeschafft werden. Das würde bedeuten: Elternhilfe und Nachhilfeunterricht würden überflüssig!

Diese überragende Bedeutung der Ganztagschule wird von der Politik nicht erkannt – die neue Landesregierung von CDU und FDP schließt solche Strukturveränderungen aus.

Vom Land NRW kann darum keine Hilfe erwartet werden in Hinsicht auf einen Ausbau zum gebundenen Ganztagsunterricht.

**Die Stadt sollte aber in Eigenregie im Benehmen mit den örtlichen Grundschulen in mehreren Schritten die schulische Situation verbessern:**

### Verbesserung der OGS

Intensivierung der Bemühungen, weitere Klassenräume für die Nachmittagsbetreuung in der OGS zu nutzen. Die OGS ist personell und sachlich besser auszustatten.

### Übergang zur gebundenen Ganztagsgrundschule: rhythmisierte Grundschulklassen

In den bestehenden Schulen mit rhythmisierten Grundschulklassen wurden unterschiedliche Modelle entwickelt. Der Unterrichtstag gliedert sich auf in Unterricht im Klassenverbund, in Lernzeitenallein oder in Gruppen und in Entspannungszeiten, abgestimmt auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder.

Erforderlich für rhythmisierte Grundschulklassen sind:

- Klassenräume mit großem Nebenraum
- teilweiser Einsatz einer weiteren Lehrkraft im Unterricht
- Unterricht am Nachmittag durch Lehrkräfte
- Einsatz pädagogischer Fachkräfte (ErzieherIn)
- Mittagsverpflegung in einer Mensa.

Einige dieser Erfordernisse (z.B. Essen) sind bereits durch die OGS in den Grundschulen gegeben

Vorgehensweise in Castrop-Rauxel zur Einführung rhythmisierter Grundschulklassen:

- Mit den Grundschulen mit 3 Klassen wird geklärt, ob sie bereit sind, jeweils eine ihrer Klassen in Form einer rhythmisierten Klasse zu führen
- Klärung des Herstellens der räumlichen Erfordernisse
- Klärung des Vorhandenseins einer zweiten Lehrkraft.
- In den rhythmisierten Klassen sollten die gleichen Elternbeiträge wie bei üblichen OGS erhoben werden.

Einführung der gebundenen Ganztagsgrundschule in Castrop-Rauxel

- Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit in einigen Fällen den Ausbau von gebundenen Ganztagschulen gefördert.
- Nach der Aufhebung des Kooperationsverbots (der Bund kann nunmehr Bildung in den Ländern dauerhaft finanziell unterstützen) besteht die Möglichkeit, dass der Bund auch Projektmittel für den Ausbau von gebundenen Ganztagschulen vergibt.
- Die Stadt Castrop-Rauxel soll sich bereit erklären, für ein neues Bundesprojekt (auch Landesprojekt) im Benehmen mit den örtlichen Grundschulen zur Verfügung zu stehen.

3. Bildungs- und Teilhabepaket

- Kinder aus armen Familien sollten Geld für Ausflüge, Ferienzeiten, Sport- und Musikvereine oder für Nachhilfestunden bekommen.
- Wegen des hohen Bürokratieaufwandes (40 Angaben auf 5 Seiten) werden Teile des zur Verfügung stehenden Geldes nicht abgerufen, z.B. 58 Millionen € in NRW.
- Es ist zu überprüfen, inwieweit in CAS die Mittel ausgeschöpft wurden. Weiter soll geprüft werden, ob neue Verfahren dazu führen, dass mehr Mittel in Anspruch genommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel



Ingo Boxhammer  
-Fraktionsvorsitzender-

Meinolf Finke  
-sachkundiger Bürger

Verteiler: RM Behrenspöhler, Fraktionen von SPD, CDU, Grüne, FWI, FDP, Linke